

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Anlässlich der Frühlingssession möchten wir Ihnen wie üblich das Infoparlament der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz Nebs zukommen lassen. Wir hoffen, dass wir Ihnen dadurch einen Überblick über die momentane Europapolitik und die traktandierten Vorstösse in diesem Politikfeld geben können.

Das Generalsekretariat der Nebs steht Ihnen während der Session jederzeit gerne zur Verfügung:

Lukas Schürch, 078 791 55 50, [schuerch@europa.ch](mailto:schuerch@europa.ch)

Séverine Barioni, 079 229 58 47, [barioni@europa.ch](mailto:barioni@europa.ch)

2014: Die Beziehungen Schweiz-EU, eine Chance für einen Neuanfang?

Beziehungen Schweiz-EU auf einen Blick: Bestandaufnahme und Entwicklung

Masseneinwanderungsinitiative

Rückblick : Das "Ja" zur Initiative der SVP stellt die Personenfreizügigkeit – Freiheit und Grundprinzip der Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union – in Frage, das in den Verträgen von Rom 1957 (Titel III Kapitel 2) eingeführt wurde. Die direkten Folgen eines solchen Ergebnisses wurden zahlreiche und unmittelbar. Von einer potenziellen Kündigung der bilateralen Abkommen gerechtfertigt, suspendierte die EU-Kommission Verhandlungen zur Beteiligung der Schweiz an das europäische Energiesystem am 10. Februar. Ein paar Tage später beschloss der Europarat, das Mandat für die Verhandlungen über institutionelle Fragen auszusetzen. Am 15. Februar erklärte Bundesrätin Simonetta Sommaruga, dass die Schweiz nicht in der Lage sei, in der vorliegenden Form die Vereinbarung für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit an Kroatien zu unterzeichnen. Die Reaktion der EU war schnell: Sie hat die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz an den Forschungsprogrammen "Horizon 2020" und Erasmus + und Verhandlungen über das zukünftige Medienprogramm suspendiert.

Kommentar:

---

**nebs** – neue europäische bewegung schweiz

- Durch den Artikel 121a der Verfassung, die die Möglichkeit einer Beschränkung ausländischen Zugangs zu Sozialversicherungsleistungen, Familienzusammenführung und das Recht auf eine langfristig Aufenthaltsgenehmigung bietet, befindet sich die Schweiz in einem unlösbaren Dilemma zwischen dem Respekt vor dem Text der Initiative der SVP und die Einhaltung internationaler Verträge gefangen.
- Am 9. Februar wurde die Bevölkerung gezwungen, zwei Entscheidungen mit einer Stimme zu treffen, ohne darauf bewusst zu sein. Die Form der Initiative ist zwar richtig, sie entspricht aber nicht der "Einheit der Materie in der Sache". So wurde die "Einheit des Volkswillens" unmöglich, da die Bürger, die die Migrationspolitik korrigieren wollten, gleichzeitig die bestehenden bilateralen Abkommen kündigen mussten.
- Daher stellt die vom EJPD initiierte Einführungsgesetz grosse Probleme beim Schreiben. Darüber hinaus muss hier ein Referendum stattfinden.
- Eine Möglichkeit besteht jedoch den Artikel 121 zu ändern, um bilaterale Abkommen zu ermöglichen: Die parlamentarische Initiative.
- Die Nebs hatte es vorausgesehen: Die Reaktion der EU ist viel stärker als das, was die Schweizer Behörden erwartet hatten. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sind einig: Die Personenfreizügigkeit ist nicht verhandelbar.
- Schliesslich wird neben der Personenfreizügigkeit auch der freie Dienstleistungsverkehr gefährdet. "Man kann nicht ohne das andere existieren", wie Jacques de Watteville, Staatssekretär für internationale Finanzfragen in der Presse bestätigt, über die laufenden Verhandlungen für den Zugang der Schweiz zum europäischen Markt für Finanzdienstleistungen.

#### ECOPOP-Initiative

Rückblick: Von der Vereinigung Umwelt und Bevölkerung ins Leben gerufen wurde diese Initiative im November 2012 von der Bundeskanzlei eingereicht. Es wird erwartet, dass die Volksabstimmung Ende 2014 oder Anfang 2015 stattfindet. Diese Initiative will das jährliche

Wanderungssaldo der Schweiz auf 0,2% der ständigen Bevölkerung – d.h 16.000 Menschen pro Jahr – in der Schweiz beschränken.

Kommentar:

- Die ECOPOP-Initiative verletzt die Einheit der Materie. Tatsächlich befasst sich die Initiative mit zwei nicht miteinander verwandten Fragen: eine Kappe auf das Bevölkerungswachstum und die Zuteilung von 10% der Entwicklungshilfe für Familienplanung.
- Darüber hinaus ist die ECOPOP- Initiative auf einer falschen Tatsache basiert. Die Initiative will die Zuwanderung in die Schweiz beschränken, um das Bevölkerungswachstum zu reduzieren und die Lebensqualität für alle Einwohner des Landes behalten. Es geht daher von der Feststellung aus, dass je mehr Menschen es gibt, desto höher ist der Druck auf nicht-erneuerbaren Ressourcen. Sie vergessen nun die grossen Unterschiede in Bezug auf Ressourcenverbrauch: der ökologische Fussabdruck der Schweiz, zum Beispiel, ist viel höher als die der afrikanischen Länder. Sollten die Anforderungen der ECOPOP-Initiative respektiert werden sollte man die Bevölkerung in den reichen Ländern drastisch begrenzen. Schliesslich ist eine Beschränkung der Einwanderung in der Schweiz nur eine Problemverschieb, da die Ausländer nicht mehr Umweltschäden in der Schweiz als in ihren Ländern machen.
- Die ECOPOP-Initiative ist mit ihrer Idee von Kontingenten der SVP ähnlich. Die Bauernpartei seinen Gegner bedroht, die Ecopop-Initiative zu unterstützen, wenn ihre eigene Initiative am 9. Februar Stimmen abgelehnt würde. Er hat jetzt angekündigt, dass sie sie auch unterstützen würde, wenn sie nicht die gewünschten Quoten bekommen würde.

Erweiterung der Freizügigkeit nach Kroatien

Rückblick: Am 1. Juli 2013 hat Kroatien der EU beigetreten. Der Bundesrat hat am 8. Februar 2013 das Verhandlungsmandat über die Verlängerung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit an dem neuen Mitgliedstaat . Am 15. Februar 2014 hat Simonetta Sommaruga angekündigt , dass die Schweiz die in seiner jetzigen Form vorgeschlagene

Ausweitung nicht unterzeichnen könnte. Wegen dem Ergebnis der Abstimmung vom 9. Februar ist es nicht mehr möglich den Vertrag abzuschliessen.

Kommentar:

- Indem der Bundesrat bekannt gab, dass er den Vertrag zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit an Kroatien in dem aktuellen Zustand nicht unterschreiben könnte, hat er einen neuen Konflikt mit der Europäischen Union eröffnet und die Auslösung der Verhandlungen in den Forschungsprogrammen Horizont 2020 und Erasmus +. Diese etwas übereilte Entscheidung des Bundesrates stellt die Schweiz in einer schwierigen Situation, auch wenn die Regierung zwei Alternativen hatte. Entweder hätte der Bundesrat das Abkommen vor der Abstimmung unterzeichnen können, oder er könnte noch warten, da die Initiative der SVP einen Zeitraum von drei Jahren vor der Einführung von Kontingenten gibt.
- Die Debatte konzentriert sich derzeit auf die Beziehungen zwischen Bern und Brüssel. Dennoch ist es eine viel breitere Palette von Verträge - ob bilateral, insbesondere mit Japan und der Republik Korea, oder multilaterale - die Quoten für ausländische Arbeitskräfte verbieten. Somit verletzt die Einführung von Quoten in der Migrationspolitik der Schweiz auch Verträge mit zwanzig Ländern, darunter das mit China unterzeichnetes Freihandelsabkommen. Als Erinnerung wurde dieser Text vor weniger als einem Jahr abgeschlossen.

En bref

Lutte contre la fraude fiscale : lors du G20 qui s'est tenu les 22 et 23 février derniers, un standard international pour l'échange automatique de renseignement en matière fiscale a été présenté par l'OCDE aux ministres des finances. La Suisse, qui a activement collaboré aux travaux du comité fiscal, adoptera prochainement un standard global qui lui permettra d'échanger automatiquement des informations fiscales avec d'autres Etats. Malgré une mise en application dans quelques années en Suisse, cela permettra à notre pays de s'inscrire dans la droite ligne poursuivie par l'EU en matière de lutte contre la fraude fiscale et de régler en partie le différend qui l'oppose à l'Union européenne en la matière.

En octobre 2013, le Conseil fédéral avait présenté le mandat de négociation concernant l'extension de l'accord bilatéral en matière de fiscalité, dont l'une des conditions était que l'accès au marché européen pour les prestataires de services financiers suisse ne se détériore pas. En mai 2013, les ministres européens des finances avaient chargé la Commission de négocier avec la Suisse. Si notre pays a montré sa bonne volonté en vue de régler ses différends sur les questions fiscales qui l'opposent à l'UE, une dénonciation de l'accord sur la libre circulation des personnes met à mal l'accès au marché des prestataires de services financiers suisses.

## Traktanden – Nationalrat

- **Dienstag, 4 März, 08.00 – 13.00h**

**Geschäft des Bundesrates** : « [Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den zentralamerikanischen Staaten \(Costa Rica und Panama\). Genehmigung](#) » (13.070)

Das umfassende Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den EFTA-Staaten und den zentralamerikanischen Staaten (abgeschlossen mit Costa Rica und Panama) ist am 24. Juni 2013 in Trondheim unterzeichnet worden. Das Abkommen entspricht weitgehend den neueren, mit Drittstaaten abgeschlossenen FHA der EFTA-Staaten und hat einen sektoriell umfassenden Geltungsbereich. Es beinhaltet Bestimmungen über den Warenhandel, den Handel mit Dienstleistungen, Investitionen, den Schutz des geistigen Eigentums, den Wettbewerb, das öffentliche Beschaffungswesen, den Handel und die nachhaltige Entwicklung, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie institutionelle Bestimmungen (gemischter Ausschuss und Streitbeilegungsverfahren).

**Geschäft des Bundesrates** : [Aussenpolitischer Bericht 2013](#) (14.009)

**Geschäft des Bundesrates** : [Rapport de politique économique extérieure 2013](#) (14.008)

**Geschäft des Bundesrates** : [Aussenwirtschaftspolitik 2013. Bericht](#) (14.008)

- **Montag 10.März, 14.30 – 21.45h**

**Postulat** : « [Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung](#) » (13.4014)

- **Dienstag, 11. März, 08.00 – 13.00h**

**Geschäft des Bundesrates** : « [Unternehmenssteuerreformgesetz II](#) » (05.058)

**Geschäft des Bundesrates** : « [Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Abkommen mit Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein](#) » (13.013)

- **Donnerstag, 13. März, 08.00 – 13.00h**

**Geschäft des Bundesrates** : « [Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes](#) » (13.104)

- **Montag, 17. März, 14.30 – 19.00h**

**Geschäft des Bundesrates** : « [Verlagerungsbericht 2013](#) » (13.111)

- **Freitag, 21. März, 08.00 – 10.00h**

**Parlamentarische Initiative** von Jacques Bourgeois : « [Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse. Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausnehmen](#) » (10.538)

Das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG) ist so zu ändern, dass die Lebensmittel vom Geltungsbereich des Cassis-de-Dijon-Prinzips ausgenommen sind, damit die Wettbewerbsqualitätsstrategie der Schweiz nicht in Frage gestellt wird.

## Traktanden - Ständerat

- **Dienstag, 4. März, 08.15 h – 13.00 h**

**Interpellation** : « [Ende der Sonderregelung im Bereich der Krankenversicherung für schweizerische und französische Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Der Bundesrat muss eingreifen](#) » (13.4192)

- **Mittwoch, 5 März, 08.15 h – 13.00 h**

**Motion von Urs Schwaller** : « [Personenfreizügigkeit und Fachkräftemangel in der Schweiz](#) » (13.3652)

Die Schweiz verfügt in verschiedenen Bereichen nicht über genügend Fachkräfte. Dieser Fachkräftemangel hat grosse negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft und muss dringend angegangen werden. Diese Motion fordert den Bundesrat auf, eine Strategie, um den Fachkräftemangel anzugehen, vorzubereiten.

**Interpellation von Pirmin Bischof:** « [Missbrauchsbekämpfung bei der Personenfreizügigkeit. Wo harzt der Vollzug?](#) » (13.4248)

In den letzten Jahren stossen Missbräuche in der Personenfreizügigkeit zunehmend auf Unverständnis und Wut in der Bevölkerung. KMU sind oft wehrlos gegenüber ausländischen Unternehmungen, die Unterangebote nur durch Gesetzesverletzungen machen können. Das Parlament hat gezielte und schnittige Massnahmen beschlossen. Aus der Sicht der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber funktioniert aber der Vollzug oft nicht. **Le Conseiller national charge le Conseil fédéral de répondre à plusieurs questions en lien avec les mesures de contrôle et d'accompagnement à la libre circulation des personnes.**

**Interpellation:** « [Grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Ausweitung der Interreg-Themen für eine verstärkte Unterstützung der Grenzregionen](#) » (13.4084)

- **Montag, 17. März, 15.15 h – 20.00 h**

**Postulat** von Karin Keller-Sutter: « [Freihandelsabkommen mit der EU statt bilaterale Abkommen](#) » (13.40.22)

Der Bundesrat wird eingeladen, die Vor- und Nachteile eines umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU vertieft zu analysieren und dem heutigen bilateralen Vertragswerk gegenüber zu stellen. Dabei sollen alle relevanten Aspekte (inkl. politische Realisierbarkeit) sowie die Vor- und Nachteile beider Wege umfassend untersucht und gegenüberstellend dargestellt werden. Eine solche Analyse soll vorzugsweise durch ein geeignetes Universitätsinstitut vorgenommen werden.

- **Dienstag, 18. März, 08.15 h – 13.00 h**

**Geschäft des Bundesrates:** « [Doppelbesteuerung. Abkommen mit Ungarn](#) » (13.098)



- **Mittwoch, 19.März, 08.00 h – 13.00 h**

**Geschäft des Bundesrates** : « [Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative](#) » - ECOPOP initiative (13.086)

Die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» verlangt eine grundsätzliche Neuausrichtung der schweizerischen Zuwanderungspolitik und der bewährten Praxis der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen in der Schweiz und im Ausland dauerhaft sicherzustellen. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind weder mit dem Freizügigkeitsabkommen noch mit dem EFTAÜbereinkommen vereinbar. Eine Annahme der Volksinitiative stellt somit die bewährten bilateralen Beziehungen der Schweiz zu ihren europäischen Partnerländern in Frage und schadet der Schweizer Wirtschaft. Sie führt zudem zu einem beträchtlichen bürokratischen Mehraufwand. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit stellt sich bereits den Herausforderungen, auf welche die Volksinitiative abzielt, beispielsweise auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Eine verstärkte Fokussierung der Mittel auf den Bereich der Familienplanung würde sich kaum auf die Ziele der Volksinitiative auswirken und stünde im Gegensatz zur bewährten Praxis der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zu unterbreiten mit der Empfehlung, sie abzulehnen.

- **Donnerstag, 20.März, 08.15 h – 13.00 h**

**Interpellation** : « [Mögliche Auswirkungen des transeuropäischen Verkehrsnetzes auf die verkehrsmässige Anbindung der Schweiz](#) » (13.4188)